

aufnehmen." (XNA, 23.10.86)

Noch vor der Eröffnung der Sitzung machte der chinesische Chefunterschiedler Zhou Nan mit der Metapher von Herbst eine Andeutung auf die reife Periode der Verhandlungen (DGB, 23.10.86). Unter Berufung auf ein Mitglied der portugiesischen Delegation berichtete der offizielle Sender Radio Macau am 23. Oktober, daß sich beide Seiten darüber geeinigt hätten, Macau erst nach Hongkong an China zurückzugeben, aber ein genauer Termin sei noch nicht festgelegt worden. Dazu sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 23. Oktober: "Diese Frage ist noch in der Diskussion, sie wird zu einer angemessenen Zeit bekanntgegeben." (DGB, 25.10.86).
-ni-

*
*
*
*
*
*
*
*
*

ERHARD LOUVEN

Chinas Wirtschaft im Übergang: Von der Befehlsplanung zum Mischsystem

*
*

1. Einleitung

Jedem Reisenden, der heute in China unterwegs ist und die Situation etwa mit der Zeit der Großen Proletarischen Kulturrevolution vergleicht, wird der große Wandel offenkundig. Die Menschen in den Städten sind besser gekleidet, oft nach der neuesten westlichen Mode, und in den Kaufhäusern finden sich die begehrten Konsumgüter, manchmal sogar aus dem Ausland importiert. Auf Straßen und Plätzen sind Märkte der verschiedensten Art wie Pilze aus der Erde geschossen. Auf dem Lande fällt vor allem die rege Bautätigkeit auf. Überall werden die Bauernhäuser repariert, neue meist zweistöckige Bauernhäuser werden gebaut. Doch ist das Bild durchaus uneinheitlich, wenn man verschiedene Gebiete miteinander vergleicht. Im Süden, vor allem in den Provinzen Guangdong und Fujian, wie auch im gesamten Küstenbereich ist ein reges Leben und Treiben zu beobachten. In Hinterlandgebieten, wie z.B. Qinghai, Gansu oder Guizhou, scheint die Entwicklung nicht so schnell voranzukommen.

Der Wandel von einer strikten Planwirtschaft hin zu einem Mischsystem, von egalitären Prinzipien hin zur Differenzierung von Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten ist offenkundig. Die Umkehr setzte ein, als sich gegen Ende der Zeit der Kulturrevolution herausgestellt hatte, daß mit den herkömmlichen Mitteln kein Fortschritt, keine Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen waren. Die Menschen waren der ewigen Politikampagnen müde, und trotz einer recht rigorosen Abschottung vom Ausland war ihnen nicht entgangen, daß in der Welt um sie herum zumindest ein materieller Fortschritt stattgefunden hatte und daß die Entwicklung anderswo manchmal ein sehr schnelles Tempo angenommen hatte.

Im Folgenden soll versucht werden, ausgehend von einigen Vergleichsdaten der Mao-Ära und der neuen

Ära der Reformer, die neue Entwicklung auf systemtypische Charakteristika hin zu untersuchen. Nicht allen Einzelentwicklungen kann nachgegangen werden, nur die wichtigsten und bedeutendsten Änderungen sollen dargestellt werden.

2.

Einige statistische Daten über den Wandel

Vergleicht man zunächst die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren der 4. und 6. Fünfjahrespläne (1971-1975 und 1981-1985), so wird der Wandel auch statistisch evident. Der Bruttoproduktionswert von Landwirtschaft und Industrie wuchs während der 4. Planperiode im Durchschnitt um 7,7%, während in der 6. Planperiode ein Hochwachstum stattfand: Die Rate betrug hier 10,9%. Die Wachstumsraten für den Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft (4% u. 11,4%) spiegeln die rasche Entwicklung in diesem Bereich wider. Demgegenüber konnte der industrielle Bereich nur relativ langsam wachsen (9,1% und 10,8%). Während das Wachstum in der Leichtindustrie beträchtlich zunahm (7,7% und 12%), nahm es in der Schwerindustrie sogar leicht ab (10,2% und 9,6%).

Relativ frappierend ist die Entwicklung, wenn man das Nationaleinkommen für die beiden Perioden betrachtet (2). Das Nationaleinkommen ist die Summierung der Nettoproduktionswerte der fünf wichtigsten Sektoren der chinesischen Volkswirtschaft, nämlich Landwirtschaft, Industrie, Bauwesen, Transport und Handel. Es wird durch Abzug des Materialverbrauchs vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt berechnet und gibt das Realwachstum besser wieder als Bruttoproduktionswerte. Das Wachstum des Nationaleinkommens nahm von 2,7% in der Periode des 4. Plans auf 9,8% in der Periode des 6. Plans zu.

Werfen wir einen Blick auf die sog. wichtigen Proportionen der Volkswirtschaft, so verstärkt sich der bereits gewonnene Eindruck (3). Das Verhältnis Landwirtschaft/Industrie während der 4. Periode betrug 31,1% zu 68,9%. Während der 6. Periode fand eine Verschiebung zugunsten der Landwirtschaft statt (33,8% bzw. 66,2%). Eine Verschiebung gab es auch hinsichtlich des Verhältnisses Leichtindustrie zu Schwerindustrie (43,6% : 56,4% während des 4. Plans, 48,9% : 51,1% während des 6. Plans). Aber immer noch dominiert die Schwerindustrie. Eine bemerkenswerte Umkehr gab es bei der Akkumulation, also den produktiven bzw. sog. nichtproduktiven Investitionen. Während der 4. Periode

betrug das Verhältnis produktiv zu nichtproduktiv 75,5% : 24,5%. In der 6. Periode war fast eine Gleichverteilung erreicht: 51% : 49%. Dies spiegelt die wachsende Bedeutung wider, die man dem sog. nichtproduktiven Sektor einzuräumen bereit ist. Dieser Sektor, den man im wesentlichen mit dem Dienstleistungssektor gleichsetzen kann, spielt eine beträchtliche Rolle vor allem im Leben der städtischen Bevölkerung. Mußte man zuvor viel Zeit aufwenden, um Haushaltsarbeiten zu erledigen, so ist in der letzten Zeit eine Verbesserung insofern zu verspüren, als Dienstleistungsunternehmen das Leben angenehmer machen.

Auch ideologisch ist der Dienstleistungssektor vom Ruch des Nutzlosen befreit worden. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in den Städten, aufgrund einer repräsentativen Umfrage ermittelt, stieg von 504 Yuan im Jahre 1981 auf 752 Yuan im Jahre 1985. In derselben Periode stieg aber das Pro-Kopf-Einkommen der bäuerlichen Haushalte von 223,44 Yuan auf 397 Yuan, mithin fast 80%. Die nominellen Einkommen der Bauern stiegen also wesentlich schneller als diejenigen der Städte. Eine Aufgliederung der Einkommensquellen der bäuerlichen Haushalte zeigt, wie sich die neuen Systeme der Produktionsverantwortlichkeit auswirken. Während der Anteil der sog. unabhängigen Haushaltsproduktion der bäuerlichen Haushalte im Jahre 1978 nur 25% betrug, war er im Jahre 1984 bis auf fast 80% gestiegen.

Die letztgenannten Zahlen müssen jedoch kritisch betrachtet werden. So zahlt der Staat beispielsweise für jeden Arbeiter oder Angestellten im städtischen Sektor ca. 80% eines Jahreslohnes als Subventionen, während die Bauern pro Kopf nur etwa 10 Yuan pro Jahr erhalten (5).

3. Strukturelle Mängel der Wirtschaft bis 1976

Bis zum Jahre 1976 war Chinas Wirtschaftssystem überzentralisiert und überplant. Wachstum wurde im wesentlichen durch extensive Investitionen erzielt. Wegen allgemeiner Ineffizienz und Verschwendung konnte kein wirklicher Fortschritt beim Lebensstandard erreicht werden. Engpässe, Mängel und ernsthafte Ungleichgewichte waren allgegenwärtig. Ein mangelhaftes Energieversorgungssystem führte - öfter noch als heute - dazu, daß die Produktion zum Stillstand kam. An manchen Orten bestand Mangel an Halbfertigprodukten, während an anderen Orten Überproduktion vorherrschte, was sich an den überquellenden Lagerhäusern zeigte. Nach offiziellen Quellen betrug der Wert der Mitte 1978 auf Lager be-

findlichen Produkte etwa 200 Mrd. Yuan, das war etwa die Hälfte des industriellen Bruttoproduktionswertes der gesamten Volkswirtschaft (6). Große Teile der Kapitalausstattung waren veraltet, und die gesamte Faktorproduktivität nahm ab. So hatte beispielsweise die Arbeitsproduktivität von Vollzeitarbeitern in den staatseigenen Industriebetrieben in der Zeit von 1976 bis 1978 nur jährlich um 1,7% zugenommen. In der Zeit des 1. Fünfjahresplans (1953-1957) lag die Zunahme der Arbeitsproduktivität noch bei 8,7% (7).

Die Produktion sowohl der landwirtschaftlichen als auch der leichtindustriellen Güter lag hinter der Nachfrage zurück, und zwar sowohl was Quantitäten als auch Qualitäten anging. Unterbeschäftigung und versteckte Arbeitslosigkeit waren allgemein anzutreffen. Das Erziehungssystem und Institute der Forschung waren in einem beklagenswerten Zustand. Vor allem während der fast totalen Isolierung während der Kulturrevolution und der zu dieser Zeit verfolgten "Massenstrategie" in diesen Gebieten war China weit hinter die Industrieländer zurückgefallen, aber auch auf vielen Gebieten hinter vergleichbare Entwicklungsländer, wie z.B. Indien.

Bis zu Maos Tod mußten die Bauern mit landwirtschaftlichen Techniken experimentieren, die für die Bodenqualitäten ungeeignet waren. Die Bauern wurden außerhalb der Bestell- oder Erntezeiten zu Arbeiten in Kommuneprojekten oder öffentlichen Infrastruktur-Projekten kommandiert. Dafür wurde nur wenig Lohn gezahlt oder überhaupt kein Lohn. Die Größe der Privatparzellen der Bauern war immer wieder reduziert worden; die privat betriebene Schweine- und Geflügelzucht wurde durch Funktionäre immer wieder eingeschränkt. Die Autarkie-Politik, nach der jede Provinz hinsichtlich der Getreideproduktion unabhängig sein sollte, erwies sich als unwirtschaftlich. Die Bauern wurden gezwungen, auf Feldern Getreide anzubauen, die dafür überhaupt nicht geeignet waren (8).

Ein zentralisiertes Wirtschaftssystem, das beispielsweise während der Zeit der Kulturrevolution bestand und in dem Marktbeziehungen nicht existieren, kann eigentlich nur auf einer unteren Ebene der wirtschaftlichen Entwicklung funktionieren. In einem solchen Stadium spielen die Arbeitsteilung, die Spezialisierung und der reibungslose Austausch von Gütern keine so wichtige Rolle. Natürlich kann auch in diesem Stadium wirtschaftliches Wachstum erreicht werden, wenn eine extensive Stra-

ategie verfolgt wird. Dies bedeutet, daß man weitere Produktionseinheiten der herkömmlichen Technologie errichtet. Ist man aber in bezug auf den extensiven Ausbau an eine Grenze gekommen, so ist das sog. intensive Wachstum vonnöten. In diesem neuen Stadium muß die gesamte Faktorproduktivität erhöht werden. Dies muß durch die bessere Kombination der Produktionsfaktoren geschehen. Vielen chinesischen Wirtschaftsplanern ist dieses Problem voll bewußt geworden, die neue Erkenntnis schlägt sich in Slogans nieder, wie beispielsweise "die vorhandenen Potentiale nutzen" oder "die bestehenden Betriebe umformen und modernisieren, um dadurch höhere Leistungsfähigkeit zu erreichen".

Eine Analyse nur der Makro-Daten reicht nicht aus, um die manchmal widersprüchliche Entwicklung, das Nebeneinander von zuweilen sich aufhebenden Faktoren erkennen zu können. Es müssen auch Studien aus dem Mikro-Bereich der Wirtschaft herangezogen werden, vor allem Fallstudien. Nur durch einen, alle Ebenen der Wirtschaft umfassenden Überblick kann Licht in die gegenwärtig bestehende komplexe Situation der Wirtschaft gebracht werden.

4. Landwirtschaftliche und ländliche Probleme

4.1. Reformmaßnahmen und ihre Auswirkungen

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es im Kreis der Wirtschaftsreformer keinen konsistenten Gesamtplan für die landwirtschaftliche Reform gegeben hat (9). Vielmehr bestand der Reformprozeß aus einem komplexen, manchmal sogar widersprüchlich erscheinenden Hin und Her zwischen den oberen und unteren Ebenen der bürokratischen Struktur. Schließlich führte die Reform zu einer fast vollständigen Abschaffung des Kommunesystems, das während der Kulturrevolution seine höchste Ausprägung erfahren hatte. Im wesentlichen bestehen weiterhin nur ökonomische Funktionen für Teilbereiche des alten Kommunesystems.

Vorrangig wurde die landwirtschaftliche Reform von Zhao Ziyang und Wan Li betrieben, die damals die Gouverneure der Provinzen Sichuan und Anhui waren. In den Jahren 1979 und 1980 hatten einige führende chinesische Presseorgane behauptet, daß nur ca. 10% der Dörfer, die besonders verarmt und rückständig seien, die neuen Systeme annehmen würden, die einer Abkehr von dem kollektivistischen Volkskommunesystem bedeuteten (10). Anfang 1984 berichteten die

Zeitungen dann, daß mehr als 90% der landwirtschaftlichen Produktionsgruppen sich entschlossen hatten, die neuen Verantwortlichkeitssysteme zu übernehmen, die auf der Basis von Haushalten oder den früheren Produktionsgruppen weitgehend selbständig wirtschaften (11).

Ungers Untersuchungen in 28 Dörfern in verschiedenen Provinzen legten den Schluß nahe, daß, wenn die Bauern selbst hätten entscheiden können, viele Einheiten das Kollektiveigentum nicht in dem Maße aufgeteilt hätten, wie es geschehen ist (12). Die Entkollektivisierung geschah auf der Kreisebene, und zwar in der Weise, daß die neuen Regelungen jeweils in einem Kreis einheitlich durchgeführt wurden, während davon abweichende Regelungen in anderen Kreisen ebenfalls wiederum einheitlich durchgeführt wurden. Dies ist wohl ein weiterer Beweis dafür, daß die Reform zwar von oben nach unten verlief, daß aber an der Spitze kein einheitliches, konsistentes Konzept vorlag.

Die neuen Verantwortlichkeitssysteme auf dem Lande haben wie ähnliche Experimente in den 1950er und mittleren 1960er Jahren zu einem schnellen Anstieg der Produktion geführt. Dies wird durch die volkswirtschaftlichen Makro-Daten zweifelsfrei belegt, und zwar sowohl anhand der Wertindikatoren als auch der physischen Indikatoren, will sagen: der Produktionszahlen einzelner Güterarten. Nun könnte angenommen werden, daß als ein schwacher Punkt in der Entwicklungssequenz sich schnell regionale Unterschiede herausbilden würden. Die statistische Analyse zeigt jedoch, daß nahezu jede Provinz, und zwar unabhängig von der Tatsache, ob sie zuvor eine rückständige oder eine Spitzenposition innehatte, beträchtlichen Erfolg erzielen konnte, und zwar insbesondere in der Getreideproduktion (13). Während der Zeit zwischen 1979 und 1984 hatten nur die Provinzen Guangxi (3,8%), Gansu (8,2%) und Hubei (9,8%) ein geringeres Getreidewachstum pro Kopf von weniger als 10%. Jene Provinzen, in denen es interne Leistungsdifferenziale bis zum Ende der 1970er Jahre gegeben hatte, konnten beträchtlich höhere Wachstumsraten als die durchschnittlichen Wachstumsraten erzielen. Dies trifft sowohl auf die Getreideproduktion als auch auf die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfung zu.

Insbesondere sind die Provinzen Sichuan und Anhui zu nennen, weil diese als "Krisengebiete" bezeichnet wurden und die landwirtschaftliche Reform hier begann. Mit einer Bevölkerung von mehr als 100 Mio.

Tabelle: EINKOMMEN DER KADER UND BELASTUNG DER MITGLIEDER DER PRODUKTIONSBRIGADE LIUHE a)

	1979	1980
1. Brigademitglied (Anzahl)	1.304	(1.265)
2. Brigadekader (Anzahl)	146	42
3. Jahreseinkommen der Kader insg. in (nicht-produkt.) Arbeitspunkten	53.710	
4. Jahreseinkommen der Kader in Yuan (Zeile 3 multipliziert mit 0,8)	42.968	3.264
5. Anteil pro Brigademitglied in Yuan (Zeile 4 dividiert durch Zeile 1)	32,95	2,58
6. Getreidelieferungen an Kader insgesamt in kg	93.992	-
7. Anteil pro Brigademitglied in kg (Zeile 6 dividiert durch Zeile 1)	72	-

a) Tanhe-Kommune, Kreis Xinyang, Provinz Henan.

Quelle: NCNA, 25.8.1981, zit. nach SWB, 29.9.1981.

Einwohnern lag Sichuan mit einer landwirtschaftlichen Wertschöpfung von 197 Yuan pro Kopf im Jahre 1984 zwar noch unter dem nationalen Durchschnitt von 215 Yuan. Die gesamte Wachstumsrate für die Zeit zwischen 1979 und 1984 belief sich jedoch auf 72,8%. Des weiteren wurde diese Provinz zu einem Spitzengebiet hinsichtlich der Getreideproduktion (1984: 403 kg Getreide pro Kopf; nationaler Durchschnitt: 394 kg). Ähnliche Ziffern können auch für die Provinz Anhui gegeben werden: landwirtschaftliche Wertschöpfung 220 Yuan pro Kopf im Jahre 1984, Wachstumsrate bei der Getreideproduktion 1979 bis 1984 36,2%, Getreideproduktion pro Kopf im Jahre 1984 432 kg (14).

Das relativ schnelle Wachstum in diesen früheren "Krisen"-Provinzen kann zum einen auf die Bemühungen der dynamischen und energiegelichen Provinz-Gouverneure zurückgeführt werden. Ein weiterer Grund könnte darin bestehen, daß der schnelle Erfolg eben an jenen Orten erzielt werden konnte, an denen die Mängel und strukturellen Defizite des alten Systems sich besonders hemmend auswirkten. Gewiß ist diese letztere Erklärung noch nicht hinreichend belegt, es müssen zusätzliche Detailstudien auf diesem Gebiet unternommen werden.

Die Entkollektivierung der Volkskommunen und die Bildung von Millionen von kleinen Wirtschaftseinheiten auf der Basis von Haushalten bedeutete für gewisse Schichten der ländlichen Bürokratie eine starke Herausforderung. Vor der Reform hatten viele Kader der Kommunegliederungen beträchtlichen Druck gegenüber den normalen Brigade- oder Gruppenmitgliedern ausüben können. Die neuen Systeme der Produktionsverantwortlichkeit machten aber die permanente Überwachung der Kader weitgehend überflüssig. Eine be-

trächtliche Anzahl von Kadern wurde von ihren Posten entlassen und in die normale landwirtschaftliche Arbeit zurückgeführt. Die Tabelle "Einkommen der Kader und Belastung der Mitglieder der Produktionsbrigade Liuhe" zeigt die Auswirkungen der Reform auf das Einkommen in einer Produktionsbrigade in der Provinz Henan.

In diesem speziellen Falle liegen keine Informationen über die Tätigkeiten der Kader vor; es ist also nicht bekannt, welche Kader wieviel Zeit für Verwaltungsaufgaben, Lehrtätigkeit in den Schulen oder medizinische Versorgung der Bevölkerung aufbrachten. Es ist sicher davon auszugehen, daß einige dieser früher von den Kadern wahrgenommenen Funktionen nun durch Gebühren der Bauern privat bezahlt werden müssen. Doch es ist auch offensichtlich, daß die übergroße Belastung durch die bürokratisierte Verwaltung nun von den Schultern der normalen Brigademitgliedern genommen worden ist.

Es ist verständlich, daß die auf solche Weise entlassenen und entmachteten Kader offen oder versteckt gegen die neuen Reformmaßnahmen Opposition ausüben. Doch es hat sich gezeigt, daß es zwischen einer anderen Schicht von Kadern, normalerweise höherrangigen Kadern, und den sog. "neuen Elementen", das sind die reichen Bauern, zu einer Art von Allianz gekommen ist. Die reich gewordenen Bauern machen Schenkungen in der Form von Geldzahlungen für Schulen oder andere Infrastruktureinrichtungen, während die Kader, insbesondere jene immer noch machtvollen Kader, die weiterhin über die Zuteilung von Dutzenden von Genehmigungen von Entscheidenden und die den Zugang zu den dorfeigenen Ressourcen kontrollieren, ihre sog. politischen Verbindungen einbringen. Diese Verbindungen können dann dazu genutzt werden, der Schicht der reichen Bauern spezielle Ver-

günstigungen zukommen zu lassen. Ob diese "antagonistische Zusammenarbeit" zu einem allgemeinen Charakteristikum im ganzen Lande werden kann, bleibt abzuwarten. Nach ihrem Selbstverständnis müßte die Kommunistische Partei das Aufkommen neuer "feudalistischer Verhältnisse" schon in ihren Anfängen bekämpfen.

Es gibt verschiedene Schichten der ländlichen Bevölkerung, die weder in diese neofeudalen Beziehungen einbezogen sind, die aber auch durch die neuen Systeme der Verantwortlichkeit in eine ungünstigere Lage als zuvor geraten sind. Zunächst sind da zu nennen die Familien mit einer großen Zahl von Abhängigen; ältere Leute ohne Verwandte, die für sie sorgen könnten; unvollständige Familien und Familien mit Kranken oder behinderten Mitgliedern. Unter dem alten Kollektivsystem erhielten diese Menschen normalerweise freie Getreiderationen und eine Minimalversorgung innerhalb des Systems der "Fünf Garantien". Nun hat die individualistische Einstellung der bevorzugten Bauern, insbesondere der reichen, deren Abneigung verstärkt, mit ihren schwächeren Nachbarn zusammenzuarbeiten. Das alte soziale Sicherheitsnetz ist weitgehend zerstört worden. Neue soziale Sicherungssysteme, wie beispielsweise das von der Volksversicherungsgesellschaft ins Werk gesetzte Lebensversicherungssystem, wird erst nach Jahrzehnten in der Lage sein, effektiv zu arbeiten.

Des weiteren gibt es komplette Haushalte, die aus welchen Gründen auch immer, nicht konkurrenzfähig sind, die keine Reserven haben. Landwirtschaftliche Produktions- und Betriebsmittel sind teuer, und es ist oft nicht abzusehen, wie jene Familien die notwendigen finanziellen Mittel aufbringen können, um gleichzuziehen. Auch Kredite müssen im allgemeinen verzinst werden, zinslose Kredite sind relativ selten, auch sie müssen aber zurückgezahlt werden. Im Falle einer Mißernte könnten viele dieser schwachen Familien von ihren zuge teilten Ländereien vertrieben werden oder sie müssen Schulden machen. Eine Lösungsmöglichkeit für diese Menschen, besonders aber für Menschen aus den Ungunsten gebieten des Hinterlandes, besteht darin, sich als landwirtschaftliche Arbeitskräfte zu verdingen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist das Einkommen, das auf diese Weise verdient werden kann, möglicherweise höher als unter dem alten System. Sollte jedoch eine Abwanderung großen Stils aus den Ungunsten gebieten in die Gunstgebiete stattfinden, so könnte es zu einer Nivelierung der Löhne und damit der

allgemeinen Einkommen jener Lohnarbeiter kommen. Des weiteren könnten auch Ausbeutungsverhältnisse neu entstehen. Die Verhinderung solcher Ausbeutungsverhältnisse würde wiederum eine stärkere Überwachung notwendig machen, mithin sicherlich den Zielen der Reformen entgegenwirken, den landwirtschaftlichen Bereich sich weitgehend selbst zu überlassen. Eine weitere Möglichkeit, den land- und arbeitslos gewordenen Menschen zu helfen, kann in den Plänen der Behörden gesehen werden, sog. zentrale Orte auf dem Lande auszubauen. Diese sollen zu kleinen bzw. mittleren Industriezentren weiterentwickelt werden, in denen die Überschußbevölkerung aus dem landwirtschaftlichen Bereich aufgefangen werden kann.

Auch von chinesischen Ökonomen wurden bereits Überlegungen hinsichtlich der Beschäftigungseffekte der neuen Systeme angestellt. Es wird klar gesehen, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung seinen Lebensstandard auf nur relativ kleinen Parzellen nicht weiter verbessern kann. Von bestimmten chinesischen Planern wird zugegeben, daß wohl auf längere Sicht nur 30 bis 40% der Bauernhaushalte ihren Lebensunterhalt nur auf dem bestehenden kultivierten Land finden können (16). Der bekannte Reformökonom Xue Muqiao ging recht weit, als er schrieb, daß "once agriculture is modernized, it will need only a few dozen million people at the most instead of the present 300 million if production remains on the same scale. This means more than 200 million people waiting for jobs, which will have to be found in new fields of production" (17).

Das Verhältnis Land/Bevölkerung nimmt ständig ab. Die Beijinger Zeitung Jingjixue Zhoubao veröffentlichte kürzlich einen Artikel über die drastische Abnahme des Farmlandes im Land (18). Nach dieser Quelle sank das Farmland pro Kopf von 2,59 Mu (15 Mu = 1 ha) im Jahre 1957 auf 1,57 Mu im Jahre 1977, das war ein Rückgang von 39%. Während der 6.Fünfjahrplanperiode (1981-1985) verlor China jährlich 7,377 Mio.Mu Farmland durchschnittlich, die jährliche Abnahmerate betrug 0,5%. In der Provinz Heilongjiang betrug das Farmland pro Kopf noch im Jahre 1977 8,4 Mu, die heutige Fläche beträgt 4 Mu. Die entsprechenden Zahlen für andere Provinzen sind wie folgt: Anhui 1977 3 Mu, 1982 1,6 Mu; Guangdong 1977 1,5 Mu, heute (1986) 0,78 Mu; Zhejiang 1977 1,5 Mu, heute 0,7 Mu; Sichuan 1977 2 Mu, heute weniger als 1 Mu. Allein während des Jahres 1985 nahm das Farmland in der Provinz Shandong um 1,87 Mio.Mu ab, das Farmland in

Xinjiang um 1,706 Mio.Mu und das Farmland in Guangdong um 1,010 Mio.Mu. Das Farmland in diesen sechs Provinzen und der Autonomen Region nahm um 7,910 Mio.Mu insgesamt ab.

Unter den wichtigsten Gründen für die drastische Abnahme des Farmlandes werden die folgenden genannt: 1. Der Staat und die Städte haben eine große Fläche von Farmland für ihre Bauzwecke in Anspruch genommen. 2. Die Landnahme der Bauern zum Bau von Häusern hat zugenommen. 3. Die Bodenerosion hat das Farmland abnehmen lassen. Die gegenwärtig in der Volksrepublik erodierte Bodenfläche beläuft sich zwischen 1,1 Mio. und 1,5 Mio. qkm, das sind zwischen ein Achtel und ein Sechstel des gesamten Territoriums des Landes. Ein wichtiger Grund für die Störung der ökologischen Gleichgewichts ist die willkürliche Nutzung von Forstbeständen. 4. Die Nebenerwerbsproduktion auf dem Lande hat weiteres Farmland in Anspruch genommen.

Einerseits geht also Farmland verloren wegen der Bodenerosion und der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung von Land hauptsächlich durch Industrieunternehmen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß im Laufe der Industrialisierung ein Wettbewerb um Land entsteht, und zwar zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. Andererseits scheint auch das Gesetz der nichtproportionalen Ertragszuwächse (Ertragsgesetz) auf die Landwirtschaft anwendbar zu sein. Dies gilt insbesondere für die agrarischen Spitzengebiete Chinas. Eine in einer chinesischen Wirtschaftszeitschrift veröffentlichte Studie legt den Schluß nahe, daß obwohl der technische Optimalpunkt bei der Zunahme der Landproduktivität offensichtlich noch nicht erreicht sei, man jedoch nahe dem Optimalpunkt in wirtschaftlicher Hinsicht gekommen sei (19).

Nach dem genannten Gesetz nehmen zunächst einmal mit gesteigerten Inputs bzw. qualitativ besseren Inputs die Erträge (mengenmäßig) zu. Nach einer gewissen Zeit im Entwicklungsablauf wird ein Maximum erzielt, d.h. weder durch zusätzliche Inputs noch durch eine Qualitätsverbesserung der Inputs läßt sich eine Produktionssteigerung erreichen. Im Gegenteil, jeder zusätzliche Eintrag von Inputs bewirkt abnehmende Erträge. Dieser Verlauf kann objektiv nur physisch beurteilt werden, d.h. an den sich verändernden Mengen können die Optimal- bzw. Maximalpunkte abgelesen werden. Höchst schwierig wird die Beurteilung nach diesem Gesetz jedoch dann, wenn Wertüberlegungen einbezogen werden. Wenn

sowohl die Inputs als auch die Erträge mit Preisen bewertet werden, so können sich die Optimal- bzw. Maximalpunkte gegenüber der rein physischen Betrachtungsweise beträchtlich verschieben. Es ist leicht vorzustellen, daß der Optimalpunkt sich beträchtlich verschieben kann, wenn man jeweils andere Input- bzw. Ertragspreise ansetzt. Da das Bewußtsein im allgemeinen noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß Umwelteinflüsse, die ja im allgemeinen langfristig zu beurteilen sind, auch in die Kalkulation aufgenommen werden, ist es durchaus möglich, daß ein Produktionsniveau aufrecht erhalten wird, was zwar kurzfristig als gewinnbringend angesehen wird, was aber langfristig sub-optimal ist, d.h. zu verheerenden Rückschlägen führen kann.

Die Auflösung des alten kollektivistisch organisierten Sozialsicherungssystems auf dem Lande und das den neuen Systemen der Produktionsverantwortlichkeit innewohnende Prinzip ("mehr Arbeitskräfte bedeuten größeren Reichtum") können zu ungünstigen Auswirkungen in der Bevölkerungspolitik führen. Die staatliche Politik der Einkind-Familie greift im wesentlichen nur in den Städten. Da das soziale Sicherungssystem auf dem Lande durch die Auflösung der Kollektivierung im Umbruch und sicher weit davon entfernt ist, leistungsfähig zu sein, bleibt den Bauern, die sicher auch mißtrauisch gegenüber staatlichen Großsystemen sind, wohl nach ihrem eigenen Verständnis nicht viel anderes übrig, als mehrere Kinder zu haben, die die Eltern im Alter zu unterstützen bzw. zu pflegen haben.

Als eine Art flankierende Maßnahme hatten die Wirtschaftsreformer in Beijing beträchtliche Preisanhebungen für die Aufkaufpreise landwirtschaftlicher Produkte beschlossen. Mit den höheren Preisen sollte die Reform unterstützt werden, die Preisanstiege sollten aber auch die ungünstige Entwicklung der sog. internen Austauschbedingungen zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Nachteil der Landwirtschaft beenden. Nehmen wir den Indikator der "absoluten Preisschere zwischen Landwirtschaft und Industrie" als Maßstab, so war ein Maximalwert zum Nachteil der Bauern im Jahre 1975 erreicht worden (20). Erst im Jahre 1982 war der Zustand des Jahres 1957 wieder erreicht worden. Mit anderen Worten: Von 1957 bis 1975 mußten die Bauern jedes Jahr länger für eine bestimmte Quantität industrieller Produkte arbeiten; erst nach 1978 gab es eine wesentliche Verbesserung der Preisverhältnisse.

Im Laufe der landwirtschaftlichen Reform wurden die Preise für das sog. Quotengetreide (was der Staat mittels Verträgen ankauft) um 20% erhöht; die Preise für das sog. Überquotengetreide wurden um 70% erhöht. Der Staat kauft nun gegenwärtig zwischen 50 bis 60 Mio. Getreide zu garantierten Preisen von den Bauern auf. Die Preiserhöhung führte dazu, daß auch die staatlichen Subventionen, die auf diese Weise an die Landwirtschaft gezahlt werden, sich beträchtlich erhöhten. Der Anteil der Subventionen an den gesamten Staatsausgaben wuchs beträchtlich an, insbesondere nach 1984. Dieses Nebenergebnis der Reformpolitik wird von manchen Ökonomen "Subventionsfalle" genannt, weil die durch Reformmaßnahmen bewirkte Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion den Staat in eine Lage bringt, in der er immer mehr Subventionen für die Landwirtschaft (und danach auch als Preisausgleich für die städtische Bevölkerung) zahlen muß, so daß die Finanzmittel für die eigentliche Modernisierung der Industriewirtschaft immer geringer werden.

4.2. Auswirkung der landwirtschaftlichen Reform auf die gesamte Volkswirtschaft

Nach dem Tode Mao Zedongs sahen sich die neuen Machthaber mit einer wirtschaftlichen Situation konfrontiert, die nur als angespannt zu bezeichnen ist; das Wirtschaftssystem schien nicht mehr die Gewähr dafür zu bieten, weitere Verbesserungen für den allergrößten Teil der Bevölkerung bewerkstelligen zu können. Ganz zu schweigen ist in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit eines Anschlusses an die schnelle technologische Entwicklung, die im ganzen westpazifischen Raum zu beobachten war. Die Reform der Landwirtschaft wurde durch eine große Entscheidung im Bereich der Ordnungspolitik in Gang gesetzt. Die Frage, ob es einen umfassenden, konsistenten Reformplan in diesem Bereich gab oder ob man auf der Basis von Experimenten voringing, kann wohl gegenwärtig - ohne weitere Detailstudien - nicht befriedigend beantwortet werden. Fest steht sicher, daß aus den anfänglichen Versuchen sich einige neue Wirtschaftsformen ergaben, die sich schnell im ganzen Land ausbreiteten.

Ein großes Ziel der Entscheidung für die Reform im landwirtschaftlichen Sektor scheint darin bestanden zu haben, den Staat von den täglichen Lasten interventionistischer Politik abzukoppeln, um sich ganz auf den moderen Sektor der Industriewirtschaft konzentrieren zu können. So wurde der Maßnahmenbereich (detaillierte Investi-

tionsentscheidungen, Kontroll- und Organisationsaufgaben, Einführung der spezifischen Systeme der Produktionsverantwortlichkeit usw.) dem unteren Bereich der Entscheidungsträger auf dem Lande selbst überlassen. Auf diese Weise sollten auch die sog. volkswirtschaftlichen Verwaltungs- und Organisationskosten, die für diese Aufgabe normalerweise bei einer nahtlosen Steuerung von oben nach unten entstanden wären, minimiert werden.

Nach acht Jahren Reform der Landwirtschaft wissen wir nun, daß die ursprünglichen Intentionen der Planer an der Spitze nicht voll verwirklicht werden konnten. Der Staat hatte immer wieder im Bereich der Prozeßpolitik zu intervenieren, da die Wirkungen der landwirtschaftlichen Reformpolitik natürlich nicht auf den landwirtschaftlichen Sektor begrenzt werden konnten. Betrachtet man den jetzigen Zustand der Landwirtschaft, so scheint evident zu sein, daß wirklich durchschlagende Wachstumsraten nur möglich sind auf der Grundlage einer verbesserten infrastrukturellen Ausstattung des ländlichen Raumes. In der Vergangenheit war ein großer Teil der Infrastrukturprojekte (Bewässerungssysteme, Dämme, Straßen, Kanäle usw.) durch Massenkampagnen errichtet worden, d.h. freiwillige bzw. niedrig bezahlte oder sogar überhaupt nicht bezahlte Massenarbeit von Millionen von Menschen. Chinesische Ökonomen nennen dieses Phänomen "Arbeitsakkumulation", in westlicher Terminologie also infrastrukturelle Kapitalbildung durch Arbeit. Machetzki schätzt, daß in der Vorreformzeit 20 Tage pro Person und Jahr auf diese infrastrukturellen Projekte verwendet wurden. Geht man von 250 Millionen Beschäftigten aus, so wird dies insgesamt 5 Mrd. Arbeitstage pro Jahr ausmachen (21).

Die zukünftige Entwicklung in der Landwirtschaft wird im wesentlichen von technologischen Verbesserungen abhängen, also z.B. bessere Bewässerungssysteme, verbesserte Kunstdüngersorten sowie verbessertes Saatgut, usw. Auch an das technische bzw. organisatorische Wissen der Bauern werden große Anforderungen gestellt. Es bleibt aber eine offene Frage, ob die Landwirtschaft als Sub-System der Wirtschaft in der Lage sein wird, die notwendige Entwicklung im wesentlichen eigenständig und unabhängig durchzuführen. Wahrscheinlicher ist es, daß der Staat schon sehr bald gezwungen sein wird, beträchtliche Investitionsmittel in die Landwirtschaft umzuleiten. Gegenwärtig sind die Ergebnisse der Landwirtschaft und die

Verbesserung des Lebensstandards der meisten Bauern ermutigend. Diese Erfolge könnten jedoch in einem großen Umfang durch die Tatsache bedingt sein, daß die groben Mängel und Strukturverzerrungen des alten Systems beseitigt worden sind. Die Eigeninitiative der Bauern, die zuvor weitgehend unterdrückt worden war, hat den schnellen Wandel hervorgebracht.

Wenn sich herausstellt, daß die Erträge in der Landwirtschaft allgemeine Obergrenzen erreichen, ist wiederum der Staat als Ordnungs- und Interventionsmacht gefragt. Dies könnte verbunden sein mit einer erneuten Kompetenzverschiebung auf Partei- und Staatskader. Auf diese Weise würden dann mehr und mehr Elemente des alten Systems wieder zum Vorschein kommen (22).

In der letzten Zeit werden in der chinesischen Presse wiederum Stimmen laut, die von "Zentralisierung" im Bereich der ländlichen Wirtschaft sprechen. Im Zuge der Entwicklung der ländlichen Wirtschaft werde nach und nach ein Nachteil einer zu großen Dezentralisierung offenbar, d.h. sie schränke die Entwicklung der Produktivkräfte ein (23). Der Autor eines Artikels in der Guangming Ribao listet dann Gründe für seine Meinung auf: Erstens schließe die Entwicklung einer Warenwirtschaft die "Zentralisierung" ein ... Als das Ergebnis einer rückständigen Technologie und eines rückständigen Managements muß mehr Zeit aufgewendet werden, um ein einzelnes Produkt, das einer sozialen Nachfrage entspricht, herzustellen; Verluste sind unvermeidlich. Um nun mit den Nachteilen einer dezentralisierten Wirtschaftsweise der Bauern fertig werden zu können, ist es nötig, zentralisierte Dienstleistungsorganisationen zu errichten, die relevante Informationen, technische und Verwaltungsdienstleistungen für die Bauern bereitstellen ... Aufgrund ihrer speziellen Charakteristiken erfordere die landwirtschaftliche Produktion zweitens Zentralisierung. Die natürlichen Bedingungen haben einen großen Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion. Um die Fähigkeit der Menschen zu verstärken, mit der Natur fertig zu werden, ist es nötig, die Bauernhaushalte in Gruppen zu organisieren, so daß sie gemeinsam Wasserressourcen nutzen können, zusammen am Bau von Bewässerungsanlagen usw. arbeiten können.

Zum dritten erfordere sozialisierte Produktion "Zentralisierung". Die Entwicklung der Warenwirtschaft hat zu einem höheren Grad der Arbeitsteilung und zu einem höheren Grad der Spezialisierung in den

ländlichen Gebieten geführt. Je enger die Bauern in die Gesellschaft eingebunden sind, desto sozialisierter werden Produktion und Verwaltung sein. Bei der landwirtschaftlichen Produktion müssen einige Prozesse, wie z.B. die Züchtung und Verjüngung von Samen und Pflanzlingen sowie die Trocknung, Weiterverarbeitung und der Transport gewisser Produkte, von spezialisierten Einheiten durchgeführt werden, die zentralisierte Dienstleistungen für die Bauernhaushalte zur Verfügung stellen. Zum vierten sei "Zentralisierung" notwendig, falls der Weg der gemeinsamen Prosperität beschritten werden soll.

Grundsätzlich ist natürlich die Organisation solcher neuen Formen der Zusammenarbeit auf genossenschaftlicher Grundlage möglich. Im Idealfall würden solche Zusammenschlüsse freiwillig erfolgen. Ungeklärt bleibt jedoch das Problem, woher die benötigten Kapitalmittel kommen sollen. Hier wäre wohl wiederum die staatliche Zuteilung gefragt, die notwendigerweise mit zentralisierter Kontrolle und Bürokratie verbunden sein würde.

5. Probleme des industriellen Sektors

5.1. Anmerkungen zum Reformdokument vom 20. Oktober 1984

Das Schlüsseldokument über die Reform der Wirtschaftsstruktur ist die Entscheidung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, die vom XII. Zentralkomitee auf der 3. Plenarsitzung am 20. Oktober 1984 angenommen wurde (24). Obgleich der Titel dieses Dokuments sich auf die "Wirtschaftsstruktur" bezieht, befaßt sich dieses Dokument fast ausschließlich mit dem industriellen Sektor der Wirtschaft, der "städtischen Wirtschaft" (25). In diesem wichtigen Dokument wird der Zustand der Industrie scharf kritisiert, er sei das Ergebnis der internen Unordnung während der Kulturrevolution. Die wirtschaftliche Effizienz städtischer Unternehmen, so heißt es, so niedrig, Verluste und Verschwendung in Produktion, Aufbau und Warenverteilung waren hoch. Die Überlegenheit des Sozialismus müsse noch voll ins Spiel gebracht werden. Abgesehen von historischen, politischen und ideologischen Ursachen bestünde ein wichtiger Grund für die Fehlentwicklung in einer rigiden Wirtschaftsstruktur, die nicht den Anforderungen der wachsenden Produktivkräfte entsprechen könne.

Die chinesische Wirtschaft solle weiter, so das Dokument, eine geplante Warenwirtschaft sein, d.h., Teile der Wirtschaft sollten durch

Marktkräfte reguliert werden. Nur die Schlüsselindustrien sollten langfristig im Bereich der Befehlsplanung verbleiben. Mittlere große Industriebetriebe, meist kollektiv organisiert, sollten durch anleitende Planung gesteuert werden, und die kleinen Unternehmen, insbesondere im Dienstleistungssektor, sollten voll entsprechend den Angebots- und Nachfrageverhältnissen den Marktbesetzlichkeiten unterworfen werden. Dem Wertgesetz wird eine herausragende Rolle zugeschrieben. Der Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaft, soweit Warenwirtschaft und das Wertgesetz betroffen seien, hänge nicht davon ab, ob diese Gesetzmäßigkeiten weiter existierten. Vielmehr mache das Eigentumssystem den Unterschied aus, nämlich insofern, als es im Sozialismus keine Ausbeuterklasse gebe, die arbeitenden Menschen seien die Herren der Wirtschaft und des Staates. Unter sozialistischen Bedingungen seien weder Arbeit noch Land, weder Zechen, Banken, Eisenbahnen noch alle anderen staatseigenen Unternehmen und Ressourcen Waren.

Das Reformdokument und nachfolgende Dokumente brachten eine Menge von Vorschriften zur Umformung der Industriewirtschaft. Darunter waren auch Vorschriften bezüglich der Preisreform. Die Preise sollten die Warenwerte reflektieren sowie gleichermaßen den Angebots- und Nachfrageverhältnissen entsprechen. Hier treffen wir jedoch auf ein besonderes Dilemma der Volksrepublik. Müßte man den Zustand des gesamten chinesischen Binnenmarktes kurz charakterisieren, so würde man von einem Verkäufermarkt sprechen. Das heißt, die Nachfrage ist in vielen Sektoren größer als das Angebot; infolgedessen können die Anbieter weitgehend die Bedingungen des Marktes selbst festsetzen. Es ist nun extrem schwierig, in einer solchen Situation eine Preisreform durchzuführen. Wollte man etwa zu Preisen, die auf relativen Knappheiten beruhen, kommen, so könnte das Prinzip der Gewinnmaximierung angewendet werden. In der Situation eines Verkäufermarktes würden sich dann aber Monopol- bzw. oligopolartige Gewinne realisieren lassen. Nur in der Situation eines Käufermarktes, in dem das Angebot die Nachfrage übersteigt, könnten weitgehend "rationale" Preisrelationen hergestellt werden. Das Dilemma kann also wie folgt formuliert werden: Eine wirkliche Preisreform kann nur in der Situation eines Käufermarktes durchgeführt werden. Es liegt aber ein Verkäufermarkt vor; die Preisreform in der Situation eines Verkäufermarktes führt jedoch zu unerwünschten Ergebnissen. Die Volksrepublik kann

aber nicht darauf warten, daß ein Käufermarkt hergestellt wird, sondern muß aus der gegebenen Situation heraus handeln. Die unvermeidlichen Folgen eines Reformeingriffes sind beispielsweise Inflation und - dadurch bedingt - mögliche soziale Unruhen. Der Staat ist auch hier wieder aufgerufen, die wichtigsten strukturellen Defizite wiederum zu beseitigen. Er erreicht dies beispielsweise durch die direkte Subventionierung der städtischen Arbeiterschaft.

Sehr wichtige Reformelemente befassen sich mit den Unternehmen im städtischen Sektor, den eigentlichen Agenten der Reform. Zunächst einmal sollen Regierungs- von Unternehmensfunktionen getrennt werden. Zum zweiten sind viele Vorschriften zur internen Reform der Unternehmen erlassen worden. Sie beziehen sich auf Formen der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit und das Prinzip der Verteilung je nach der geleisteten Arbeit. Die dem Staat verbleibende wichtige Rolle besteht darin, Rahmenbedingungen für das reibungslose Funktionieren der Unternehmen zu schaffen, nämlich beispielsweise die Bereitstellung von Ressourcen, die Koordinierung mittels der Festsetzung makroökonomischer Daten, die Planung von Schlüsselprojekten, die Formulierung langfristiger Perspektivpläne, der Ausbau und die Modernisierung der gesamten Infrastruktur usw. Des weiteren sollen die Unternehmen als unabhängige Einheiten miteinander konkurrieren, um ihre Produktivität zu erhöhen und besseren Gebrauch von den knappen Mitteln zu machen.

Bereits im Jahre 1983 und in der ersten Hälfte des Jahres 1984 waren den Unternehmen größere Entscheidungsrechte zugebilligt worden. Die Ablieferung der vollständigen Gewinne und die Zuteilung von Mitteln für die spezifischen Fonds waren durch ein Steuersystem abgelöst worden, die Unternehmen konnten sog. Überquotenprodukte selbst vermarkten, die Preise für diese Waren festsetzen usw. Das wirtschaftliche Verantwortlichkeitssystem sollte mittels materieller Anreize die Arbeitsproduktivität anheben. Auf der Grundlage von Verträgen zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits und den Unternehmen andererseits werden Rechte und Pflichten beider Seiten genau fixiert. Das Bonus- und Prämiensystem ist - in der Theorie - mit persönlichen Leistungen gekoppelt; auch das Lohnsystem im allgemeinen soll reformiert werden.

Aus vielen dieser genannten Ziele bzw. Regelungen geht hervor, daß dem Leitungspersonal - überhaupt den Intellektuellen im wissenschaftlich-technischen Bereich -

eine besondere Bedeutung zukommt. Fabrikdirektoren sollen die Verantwortlichkeit für die meisten wirtschaftlichen Vorgänge in den Unternehmen übernehmen, selbstverständlich nach wie vor unterstützt durch Parteikader und die Arbeiterkongresse. Der weitere Erfolg der Reform wird also vorwiegend von den Direktoren, Managern oder Unternehmern chinesischen Typs, wie auch immer man sie nennen will, abhängen. Es ist also angebracht, sich mit diesen Schichten der Industriegesellschaft etwas näher zu befassen.

5.2. Die Rolle des Fabrikdirektors bzw. "Unternehmers"

In der Deng-Ära hat es gewiß eine Verjüngung der Kader gegeben. Mehr als eine Million ältere Kader, die vor 1949 ihre Arbeit begonnen hatten, sind pensioniert worden bzw. zurückgetreten, und 44% der leitenden Funktionäre auf der Provinzebene sowie fast die Hälfte der Funktionäre auf der Präfektorebene sind ersetzt worden (26). Welche Rolle sollen jene Kader spielen, die sich in der Position von Fabrikdirektoren befinden?

Die Shanghaier Zeitung "Wen Hui Bao" brachte kürzlich einen Bericht über die erste Ausgabe der Zeitschrift "Zhongguo Qiyejia" (Chinas Unternehmer), in der der Ehrenvorsitzende der chinesischen Forschungsgesellschaft für die Arbeit von Fabrikdirektoren sich mit den Charakteristika befaßt, die die chinesischen Unternehmer haben sollten (27). Zunächst, so schrieb er, sollten sie weitreichende Ideale und Ambitionen besitzen. Zum zweiten sollten sie gleichzeitig den Aufbau der materiellen und der geistigen Zivilisation verstehen. Drittens sollten sie korrekt die Beziehungen zwischen dem Staat, zwischen dem Kollektiv und den Individuen behandeln. Viertens sollten sie korrekt die Beziehungen zwischen Fabrikdirektoren, Parteikomitees und Arbeiterkongressen behandeln. Und fünftens schließlich sollten sie danach streben, sich modernes Managementwissen anzueignen.

Entsprechend diesem Katalog scheint modernes Managementwissen nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Große Bedeutung ist jedoch der korrekten Behandlung der Beziehungen zwischen unterschiedlichen Ebenen eingeräumt worden. In den sog. Rückgratunternehmen, den großen staatseigenen Unternehmen, sollen die Fabrikdirektoren im wesentlichen den Staat repräsentieren (28). In den normalen großen und mittelgroßen Unternehmen sollten die Fabrikdirektoren grundsätzlich die Unternehmen vertreten, und in den kleinen Un-

ternehmen, die Güter für den täglichen Bedarf herstellen, sollen die Fabrikdirektoren ganz die Unternehmen vertreten. Diese Hierarchie verweist auf die Tatsache, daß der Staat wohl nicht den Weg freimachen will für die Bildung einer unabhängigen Schicht von Unternehmern, die eine gewisse Machtbasis bilden könnten.

Opposition gegen erfolgreiche oder begeisterte Manager kommt von allen Ebenen. In der chinesischen Presse wurden kürzlich zahlreiche Beispiele dafür zitiert. So wurde beispielsweise eine staatseigene Fabrik in Xi'an, die eine Serie von Reformmaßnahmen durchführte, durch "eine Arbeitsgruppe, die von den zuständigen Abteilungen gesandt wurde", in der Weise gestört, daß die Menschen in der Fabrik nicht mehr richtig arbeiten konnten, was zu einem Rückgang der Produktion führte (29). Am 16. Juni 1986 berichtete die "Volkszeitung" über mehrere Fälle, in denen innovative Manager angegriffen worden waren (30). In allen diesen Fällen waren die Manager, oft unter dem Vorwand oder dem Vorwurf, es seien kleine Fehler begangen worden, durch höhere Verwaltungsbehörden befragt bzw. verhört worden, wohingegen die Arbeiter den Direktoren Unterstützung zuteil werden ließen.

Gewiß ist das Problem mit der Tatsache verbunden, daß es eigentlich noch keine Schicht von eigenständigen Unternehmern gibt. Dieses Problem wird denn auch intensiv diskutiert. Unternehmer seien Menschen, so heißt es, die autonom über Betriebspolitiken entscheiden und die entsprechenden Risiken tragen. Eine Person ohne Entscheidungsbefugnis ist kein Unternehmer; sie ist auch kein Unternehmer, wenn sie zwar die Entscheidungsbefugnis hat, nicht jedoch die Betriebsrisiken trägt. Deshalb habe China nicht viele wirkliche Unternehmer, zumindest nicht in den staatlichen Unternehmen.

Unternehmer und das Leitungspersonal der Unternehmen sollten nicht verwechselt werden. Die große Mehrheit des Führungspersonals der Unternehmen in China besteht aus typischen "official managers" und nicht Unternehmern. Ihre Funktion besteht darin, Pläne von oben auszuführen und nicht das Unternehmen autonom zu führen oder sich in kreativen Aktivitäten zu engagieren. Sie tragen überhaupt keine wirtschaftliche Verantwortlichkeit für die Gewinne oder Verluste des Unternehmens. Die große Mehrheit des Leitungspersonals von Chinas Unternehmen erfülle nicht die Funktionen von Unternehmern, ihnen fehle auch die Qualität eines Unternehmers. Die genannte Quali-

tät beziehe sich nicht auf den kulturellen Standard oder das erreichte Niveau spezialisierter Technologie. Es richte sich eher auf den abenteuerlichen Geist, den kreativen Geist und das Konkurrenzbewußtsein, alles Eigenschaften, die ein Unternehmer besitze. Der Mangel an Unternehmern stelle die Hauptschwierigkeit dar, mit der die Reform konfrontiert sei. Als Ergebnis dessen, so wird weiter gesagt, sei die Reform so schwierig durchzuführen und brauche noch viel Zeit. Eines der Ziele der Reform bestünde darin, sich der Unternehmer zu bedienen, um die Regierungsfunktionäre zu ersetzen, doch gebe es noch keine Schicht von Unternehmern, auf die man zurückgreifen könne.

Um nun wirkliche Unternehmer zu schaffen, müßten zunächst einmal Entscheidungsbefugnisse an "falsche" Unternehmer (die jetzt in der Leitung der Unternehmen befindlichen Personen) gegeben werden, d.h., es bliebe nichts anderes übrig, als Nichtunternehmer wie Unternehmer zu behandeln. Einige dieser falschen Unternehmer besäßen grundsätzlich nicht das Potential wirklicher Unternehmer, und sie als Unternehmer in den Unternehmen fungieren zu lassen, könne zu großen Fehlern führen. Einige dieser Leute besäßen das Potential eines Unternehmers, doch die Umwandlung eines potentiellen Unternehmers in einen wirklichen Unternehmer erfordere nicht nur angemessene äußere Bedingungen, sondern auch die Konfrontation mit der Praxis, und dies sei zeitraubend. Im übrigen könne man nicht, bevor man sie nicht mit den Befugnissen von Unternehmern ausgestattet hätte, zwischen falschen Unternehmern und potentiellen Unternehmern unterscheiden.

Um wirkliche Unternehmer zu fördern, sei es zunächst notwendig, die Eigentumsverhältnisse zu reformieren, und zum anderen, den Markt zu stärken. Wenn gesagt würde, daß das erstere der Schlüssel zur Schaffung von Unternehmern sei, dann sei das letztere der fundamentale Weg zur Schaffung von Unternehmern. Die Beziehung zwischen den Unternehmern und dem Markt gleiche der Beziehung zwischen dem Huhn und dem Ei. Ohne Unternehmer können Märkte nicht effektiv funktionieren, während die Unternehmer ohne den Markt grundsätzlich nicht existieren können. Ein Mangel oder ein Fehlen von Unternehmern, so heißt es weiter, werde die Schwierigkeiten der Reform vergrößern, obgleich dies kein Grund dafür sein könne, die Reform zu verzögern. Es gäbe nur einen Weg zur Schaffung von Unternehmern, und das sei die Stärkung des Marktes.

Wir haben es also wiederum mit einem Dilemma zu tun. Zur Schaffung seines Marktes braucht man Unternehmer. Unternehmer kann es aber nur geben, wenn es einen funktionierenden Markt gibt. Auch hier kann nicht zugewartet werden; der chinesische Autor sieht aber den Ausweg in der Stärkung des Marktes.

5.3.

Über das Entlohnungssystem unter besonderer Berücksichtigung der Intellektuellen

In den ersten Jahren der Volksrepublik wurde zunächst ein System der materiellen Versorgung, dann aber auch ein System angewendet, das Löhne mit materieller Versorgung kombinierte (32). Dies war darauf zurückzuführen, daß der Staat und die lokalen Organe zunächst Schwierigkeiten hatten, das monetäre System richtig zu handhaben, und daß es Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung gab. Noch in der Mitte des Jahres 1955, in der Mitte des erfolgreichen 1. Fünfjahresplanes, wurden alle Arbeiter staatseigener Unternehmen ausschließlich durch Geldzahlungen entlohnt. Es wurde vorgeschrieben, daß alle Versorgungssysteme in monetäre Lohnsysteme umzuwandeln seien. Während der Zeit zwischen 1952 und 1956 veränderte sich das Verhältnis der Einkommen von Kopf- und von Handarbeitern, und zwar bewegte man sich fort von einer Gleichbehandlung zu einer immer größer werdenden Lücke zugunsten der Kopfarbeiter (33).

Während der Zeit des großen Sprungs vorwärts wurde eine Entwicklungsstrategie des Vertrauens auf die eigene Kraft verfolgt; im Jahre 1958 wurde das materielle Versorgungssystem wieder eingeführt. Gewisse Unternehmen und Institutionen schafften das monetäre Lohnsystem vollständig ab. Das Bonussystem und das Akkordsystem wurden angegriffen und danach abgeschafft. Andere Unternehmen arbeiteten mit einem System von Basislöhnen zuzüglich freier Mahlzeiten. Die neuen Systeme hatten zwei Auswirkungen. Sie senkten den Lebensstandard der kleineren Familien und sie tangierten den Anreiz zu arbeiten, wodurch die Produktivität gesenkt wurde. Um die Arbeiter für wirtschaftliche Verluste zu entschädigen und ihre Moral zu unterstützen, wies der Staatsrat ihnen sog. Großer-Sprung-nach-vorn-Boni zu, die im Jahre 1958 die Hälfte eines Monatslohnes ausmachten (34). Diese Boni wurden im Jahre 1960 aufgrund der schweren Wirtschaftskrise, die das Wirtschaftsexperiment schließlich beendete, abgeschafft.

Im September 1961 schrieb das Zentralkomitee der Kommunistischen

Partei vor, daß das Akkordsystem wieder eingeführt werden solle, während individuelle Boni zusätzlich zu den sog. konsolidierten Boni in Industriebetrieben gezahlt werden sollten (35). Später nahmen auch Handels- und Dienstleistungsunternehmen dieses Bonussystem an.

Im Jahre 1966, als die Kulturrevolution begann, wurden wiederum das Akkordsystem und das Bonussystem abgeschafft und durch Slogans ersetzt, wie z.B. "Was wir wollen, ist Mao Zedongs wahre politische Linie, und was wir nicht wollen, ist durch das verdorbene Geld des Revisionismus verlockt zu werden". Natürlich konnten diese Slogans die Menschen nicht gut genug ernähren, deshalb wurden zusätzliche Geldsummen ausgeworfen, die die Monatslöhne ergänzten. Diese zusätzlichen Lohnelemente ersetzten die früheren Boni und Akkordzahlungen.

Während des Zeitraumes von 1957 bis 1975 verengte sich der Unterschied zwischen Kopf- und Geistesarbeitern bei den Lohnabkommen nach und nach zur Uniformität. In diesen nahezu 20 Jahren nahmen die durchschnittlichen Löhne in den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft ab, als Resultat der massiven Neueinstellungen, aber auch anderer Faktoren.

Seit 1976 kann ein Phänomen beobachtet werden, das man als abnorme Inversion der Lohneinkommen zwischen Kopf- und Handarbeitern zum Nachteil der Geistesarbeiter beschreiben könnte. Gemessen in Basislöhnen verdienen Kopfarbeiter etwas mehr als Handarbeiter. Gleichwohl beziehen Handarbeiter höhere ergänzende Lohneinkommen, wie z.B. Boni, Spesen, Preissubventionen, Überstundenzahlungen, Nachtschichtzahlungen, Unterstützung für die Nutzung von Verkehrsmitteln, Unterstützungen für das Wäschewaschen u.s.w. Anlässlich der letzten Lohnerhöhungen wurden Ingenieure, Verwaltungskader, Intellektuelle in den mittleren und höheren Positionen nicht berücksichtigt. Es gibt des weiteren eine große Diskrepanz zwischen Arbeitsplatz und offiziellem Rang, was sich dahingehend auswirkt, daß viele Kopfarbeiter unterbezahlt sind. Nach einer Untersuchung erhalten Handarbeiter durchschnittlich einen Jahresbonus von 165 Yuan, wohingegen Kopfarbeiter nur auf 65 Yuan kommen.

Es ist ein weit verbreitetes Phänomen, daß Arbeiter in den Unternehmen mehr verdienen als das leitende Personal sowohl in der Verwaltung als auch in technischen Positionen. Es ist immer noch keine Seltenheit, daß Fabrikdirektoren, Werkstatt-

leiter oder Sektionsleiter in den Unternehmen weniger als die Arbeiter verdienen.

Was sollte unter diesen Umständen also einen Fabrikdirektor - oder gar Unternehmer - veranlassen, sich besonders anzustrengen, wenn er dadurch möglicherweise noch in eine Situation gerät, in der er für Fehler verantwortlich gemacht wird, die aus externen strukturellen Defiziten resultieren, die er nicht beeinflussen kann: Die Wahl von Fabrikdirektoren bzw. Führungspersonen in den Betrieben durch Arbeiterkongresse - einmal vorausgesetzt, die Entlohnung sei angemessen geregelt - ist eine ambivalente Angelegenheit. Es ist durchaus möglich, daß die geeignetsten und am besten befähigten Leute auf diese Weise gewählt werden, doch ist dieses Verfahren auch mit Mängeln behaftet. Die Arbeiter könnten jene Personen wählen, die ihnen kurzfristig relativ hohe Einkommen versprechen. Langfristige Überlegungen, Modernisierung und Investitionsbedürfnisse könnten auf diese Weise vernachlässigt werden. Positive Perspektiven werden in diesem Bereich jedoch durch das Bildungs- und Ausbildungssystem eröffnet. Das nachwachsende Leitungspersonal wird nach modernen Gesichtspunkten gut ausgebildet. Es bleibt abzuwarten, ob es in der Wirklichkeit der Betriebe angesichts der schwierigen Übergangsperiode die von vielen erwarteten Veränderungen durchführen kann.

6. Zusammenfassung

Ein Vergleich statistischer Daten der Vorreformzeit sowie die des abgeschlossenen 6.Fünfjahresplanes zeigt klar den Erfolg der Reformbemühungen in den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft. Die Reform begann in der Landwirtschaft und hatte schnell einen gewaltigen Erfolg. Bislang ist davon auszugehen, daß es für die Reform keinen konsistenten Gesamtplan der Führungselite gab, vielmehr wurden Veränderungen zunächst einmal im wesentlichen auf Versuchsbasis durchgeführt. Ein nicht unwesentlicher Teil des Erfolges in der Landwirtschaft kann auf jene Wirkungen zurückgeführt werden, die dadurch entstanden sind, daß wichtige Mängelsituationen und strukturelle Defizite des alten Systems repariert worden sind. Früher oder später werden jedoch die Zuwächse in der Landwirtschaft ein oberes Niveau erreichen, eine weitere Verbesserung kann dann nur noch mittels Produktivitätserhöhungen erzielt werden. Dann ist aber wiederum der Staat gefordert, massive Investitionen aus dem industriellen Sektor in den landwirtschaftlichen Sektor umzuleiten. Es wird offensichtlich, daß auch ein

Erfolg im sog. städtischen Sektor der Wirtschaft eine absolute Notwendigkeit für das Gelingen der Reform ist.

Im industriellen Sektor sind die Dinge komplexer als auf dem Lande. Der Staat muß hier permanent in den Bereich der wirtschaftlichen Prozeßpolitik eingreifen. Es bleibt eine ganze Reihe kritischer Detailprobleme wie z.B. die Reform des Preissystems. Auf alle diese Probleme konnte nicht im Detail eingegangen werden. Aufgezeigt werden konnte aber die Existenz mehrerer Dilemmata. Beispielsweise ist ein bestimmter Marktzustand - Käufermarkt - erforderlich, um eine rationelle Preisreform durchführen zu können. Ein anderes Dilemma findet sich im Verhältnis von Fabrikdirektor bzw. Unternehmer und Markt. Eine Seite braucht jeweils die andere Seite, um in der gewünschten Weise wirksam werden zu können. Da keine Seite den gewünschten Zustand erreicht hat, scheint sich die Reform an dieser Stelle im Kreis zu bewegen.

Die Dilemmata müssen aber überwunden werden. Dies wird jedoch noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen - eben jene Übergangszeit. In dieser Periode werden wir notwendigerweise ein Hin und Her bei Maßnahmen, vielleicht sogar bei verschiedenen Unterzielen erleben. Als Fixpunkt kann wohl aber notiert werden, daß es keine vernünftige Alternative mehr zum jetzt eingeschlagenen Weg gibt, wie diffus er sich auch immer gegenwärtig darstellt.

Anmerkungen

- 1) Vgl. auch im folgenden Zhongguo Tongji Nianjian 1985, Beijing 1985; XNA, 28.2.1986, zit. nach SWB, 3.3.1986. Die Wachstumsraten sind auf der Basis von Indexpunkten (1952=100) berechnet worden.
- 2) Vgl. ebenda.
- 3) Vgl. im folgenden Zhongguo Tongji Nianjian 1985, Beijing 1985. Die Proportionen sind als arithmetisches Mittel der Einzeljahre der jeweiligen gesamten Planperiode berechnet worden.
- 4) Vgl. auch im folgenden Zhongguo Tongji Nianjian 1983 und 1985, Beijing 1983 und 1985; XNA, 28.2.1986, zit. nach SWB, 3.3.1986.
- 5) Vgl. Lardy, Nicholas R., Subsidies, in: CBR, Nov.-Dec. 1983, S.21 ff.
- 6) Vgl. Cheng Chu-yuan, Economic Reform in Mainland China: In Comparison to Yugoslavia and Hungary, in: Issues and Studies, Vol.19, No.9, Sept. 1983, S.29.
- 7) Vgl. ders., China's Economic Development. Growth and

Structural Change, Boulder, Col. 1982, S.355.

- 8) Vgl. Unger, Jonathan, The Decollectivization of the Chinese Countryside: A Survey of Twenty-eight Villages, in: Pacific Affairs, Vol.58, No.4, Winter 85/86, S.588 ff.; vgl. auch für weitere Einzelheiten über die Auswirkungen der maoistischen Politik folgende Fallstudie: Chan, Anita, Richard Madsen and Jonathan Unger, Chen Village: The Recent History of a Peasant Community in Mao's China, Berkeley 1984, insbes. Kap.9.
- 9) Vgl. Unger, Jonathan, The Decollectivization of the Chinese Countryside: A Survey of Twenty-eight Villages, ebenda, S.593.
- 10) Vgl. dazu beispielsweise HQ, No.20, 1980, S.11-15.
- 11) Vgl. dazu beispielsweise RMRB, 18.1.1984.
- 12) Vgl. Unger, Jonathan, The Decollectivization of the Chinese Countryside: A Survey of Twenty-eight Villages, ebenda, S.593.
- 13) Vgl. dazu die statistische Analyse von Machetzki, Rüdiger, Chinas Landwirtschaft: Wandel zur alten Form?, in: C.a., Aug. 1986, S.498 ff., insbes. 508 f.
- 14) Vgl. ebenda, S.508 f.
- 15) Vgl. Bernstein, Thomas P., Reforming Chinese Agriculture, in: CBR, March-April 1985, S.45 ff.
- 16) Vgl. RMRB, 12.6.1983.
- 17) Xue Muqiao, China's Socialist Economy, Beijing 1981, S.242.
- 18) Vgl. Jingjixue Zhoubao, 22.6.1986, zit. nach SWB, 11.7.1986.
- 19) Vgl. dazu Dangqian nongcun renmin gongshi jiti jingzhi fazhan zhong de jige wenti (Einige Probleme in der gegenwärtigen Entwicklung der Wirtschaft der ländlichen Volkskommunen und der Kollektivwirtschaft), in: Jingji Kexue, 1981, No.1.
- 20) Vgl. dazu die detaillierten Berechnungen in Louven, Erhard, Chinesische Wirtschaftsterminologie: Definition und Kompatibilitätsprobleme. Teil III, in: C.a., Jan. 1984, S.31 ff.
- 21) Vgl. Machetzki, Rüdiger, ebenda, S.515.
- 22) Vgl. Gregor, A. James, Economic Reform in the People's Republic of China. The 'Detoxification' of Maoism, in: Asian Thought and Society, Vol.XI, No.31, März 1986, S.13.
- 23) Vgl. GMRB, 7.9.1986.
- 24) Vgl. RMRB, 21.10.1984.
- 25) Vgl. dazu ausführlicher Louven, Erhard, Zur Reform der Industrielwirtschaft in der Volksrepublik China, in: C.a., Okt. 1984, S.579-583.
- 26) Vgl. Barnett, A. Doak, Ten Years After Mao, in: Foreign

- Affairs, Fall 1986, S.47.
- 27) Vgl. Wen Hui Bao, 20.7.1985, zit. nach SWB, 6.8.1986.
- 28) Vgl. GMRB, 2.11.1985.
- 29) Vgl. Radio Xi'an, Shaanxi, 27.6.1986, zit. nach SWB, 7.7.1986.
- 30) Vgl. RMRB, 16.6.1986.
- 31) Vgl. auch im folgenden einen Aufsatz von Zhang Weiyang in RMRB, 19.9.1986, zit. nach SWB, 3.10.1986.
- 32) Vgl. auch im folgenden Ts'ai Ming-ch'in, An Analysis of the Chinese Communist Wage System Reform, in: JS, Nov. 1984, S.50 ff.
- 33) Vgl. He Xiaopei, An Investigation into the Current System for Mental and Manual Labor, in: Chinese Economic Study, Fall 1984, S.77 ff.
- 34) Vgl. Ts'ai Ming-ch'in, a. a. O., S.51.
- 35) Vgl. auch im folgenden He Xiaopei, a. a. O.